

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Januar 2015

Inhalt

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
Lettland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft.....	2
EU-Parlament: FEMM-Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU.....	2
EU-Parlament: FEMM-Anhörung zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen	2
EU-Parlament: Aussprache zur Frauenquote im Plenum.....	3
EU-Konferenz zum Gender-Mainstreaming.....	3
Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	3
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Deutschland muss Umgangsrecht wirksamer durchsetzen	3
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Recht der Großeltern auf Umgang mit Enkelkind bekräftigt.....	3
Weitere Nachrichten	4
Neue Regeln zum grenzüberschreitenden Opferschutz in der EU	4
EU-Kommission hebt Rezeptpflicht für „Pille danach“ auf	4
Nichtregierungsorganisationen starten Kampagne „Action/2015“ zur Bekämpfung extremer Armut.....	4
Nichtregierungsorganisationen fordern Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien.....	5
Aktionärinnen fordern europaweit Gleichberechtigung	5
Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) senkt Grenzwert für Bisphenol A.....	5
Tschechien: Unterhaltsvorschuss geplant	5
Estland: Staat soll bei säumige Unterhaltszahlungen einspringen.....	5
Liechtenstein: Straffreiheit für Schwangerschaftsabbruch geplant	6
Luxemburg: Reine Fristenlösung für Schwangerschaftsabbruch beschlossen.....	6
Mazedonien: Verfassungsänderung soll Öffnung der Ehe verhindern.....	6
Berichte und Studien	6
Quartalsbericht: Beschäftigung in der EU nimmt langsam zu.....	6
EU-Jahresbericht: Entwicklungen in Beschäftigung und Gesellschaft	7
Oxfam-Bericht: Globale Ungleichheit so groß wie nie zuvor	7
ILO-Studie: Frauen in Top-Positionen von Unternehmen	7
Families and Societies: Neue Berichte erschienen	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

Lettland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Lettland hat am 1. Januar 2015 erstmals den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen und die Schwerpunkte der kommenden sechs Monate vorgestellt. Die lettische Ratspräsidentschaft will sich für die Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020 stark machen und sich für einen inklusiven und nachhaltigen Arbeitsmarkt einsetzen. Im Fokus der Arbeits- und Sozialpolitik stehen die Themen Langzeit- und der Jugendarbeitslosigkeit, Qualität der Arbeit, die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderung sowie die Frauenerwerbstätigkeit – hier sind insbesondere Schlussfolgerungen des Rates zu den geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Rente geplant. Weitere Schwerpunkte sind der soziale Dialog, die Antidiskriminierungsrichtlinie und der Richtlinienvorschlag für eine Frauen-Quote in Vorständen.

Wie bereits 2014 im Achtzehnmonatsprogramm der Trio-Ratspräsidentschaft (siehe [Europa News Juli 2014](#)) von Italien, Lettland und Luxemburg festgelegt, stehen im Bereich des Familienrechts die Überarbeitung der Verordnung Brüssel IIa über Ehescheidung, Trennung ohne Auflösung des Ehebandes und elterliche Verantwortung im Vordergrund.

Die EU-Ratspräsidentschaft rotiert in fortlaufender Reihenfolge alle sechs Monate zwischen den Mitgliedstaaten. Im Juli 2015 übernimmt Luxemburg den Vorsitz.

- [Website der lettischen Ratspräsidentschaft](#) 
- [Achtzehnmonatsprogramm des Rates](#)

EU-Parlament: FEMM-Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU

Es gibt einen Fortschritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU – aber nur langsam. Dies ist das Ergebnis des Jahresberichts 2013 des Ausschusses für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) im EU-Parlament. Der Ausschuss hat den Bericht am 20. Januar 2015 verabschiedet. „Wenn wir so weitermachen, werden wir die Lohnlücke vor 2084 nicht schließen können“ kommentierte der belgische S&D-Abgeordnete und Verfasser des Berichts Marc Tarabella. „Wir müssen uns auch mehr darum kümmern, welche Arbeitsplätze Frauen haben. Frauen sind öfters in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeit- sowie Leiharbeitsverträgen.“ Zudem müsse die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu einer Priorität gemacht und die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifiziert werden.

Mit dem Bericht haben die Ausschussmitglieder auch zwei Vorschläge Tarabellas angenommen: Sie fordern die Einführung eines bezahlten Vaterschaftsurlaubs von mindestens zehn Arbeitstagen und die Anerkennung der Rechte der Frauen auf Abtreibung und Empfängnisverhütung.

- [Der Entwurf des FEMM-Berichts](#)
- [Interview mit Marc Tarabella](#)

EU-Parlament: FEMM-Anhörung zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen

In einer Anhörung zum Thema „Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen“ hat der Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) des EU-Parlaments am 20. Januar 2015 über den Grundsatz der gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit und über die Verbesserung der Chancengleichheit diskutiert.

Zudem richtete Gleichstellungskommissarin Vera Jourova eine Rede an den Ausschuss. Sie sprach unter anderem über die Revision der Mutterschutzrichtlinie, die in einer Frist von sechs Monate zu einem Ergebnis kommen soll (siehe [Europa News Dezember 2014](#)). Jourova betonte, sie unterstütze die Ziele der Richtlinie und wolle diese gemeinsam mit dem Ausschuss voran bringen.

- [Rede der Gleichstellungskommissarin Vera Jourova vor dem FEMM-Ausschuss](#) 

EU-Parlament: Aussprache zur Frauenquote im Plenum

Das EU-Parlament hat die lettische Ratspräsidentschaft in einer Aussprache am 14. Januar 2015 aufgefordert, eine Zustimmung der Mitgliedstaaten zur Frauenquote zu erwirken. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht eine Quote von 40 Prozent in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen bis 2020 vor. Das EU-Parlament hat dem Vorschlag bereits im Herbst 2013 zugestimmt – die Zustimmung des Ministerrates blieb seither offen.

EU-Konferenz zum Gender-Mainstreaming

Am 22. und 23. Januar 2015 haben hochrangige Vertreter/innen der EU-Mitgliedstaaten und Expert/innen auf ein Einladung des lettischen Ratsvorsitzes in Riga über die Gleichstellungsstrategie der EU diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Pläne der lettischen Ratspräsidentschaft und die Schwerpunkte des ab Juli 2015 nachfolgenden luxemburgischen Vorsitzes im Ministerrat. Die geschlechterspezifische Differenz bei den Renten und deren Ursachen steht im Fokus Lettlands. Luxemburg will sich verstärkt mit dem Thema Frauen in Führungspositionen auseinandersetzen. Zudem plant Luxemburg eine Konferenz darüber, wie die Besteuerung die Gleichberechtigung der Geschlechter beeinflusst.

Nachrichten aus dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Deutschland muss Umgangsrecht wirksamer durchsetzen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 15. Januar 2015 festgestellt, dass die deutschen Behörden wirksamere Maßnahmen vorsehen müssen, um den Rechtsanspruch auf Umgang von getrennt lebenden Elternteilen durchzusetzen. Der EGMR kritisierte, dass Verfahren für klagende Elternteile viel zu lange dauern und die vorgesehenen Strafgelder bei Verstößen gegen richterliche Anordnungen auf Umgang zu niedrig und somit nicht wirksam seien. Im deutschen Recht stehen insgesamt zu wenig Mittel zur Durchsetzung des Umgangsrechts zur Verfügung. Deutschland verletzte damit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens). Geklagt hatte ein Vater, nachdem die Mutter des gemeinsamen Sohnes den Umgang mit dem Kind über Jahre verhindert hatte.

- [Pressemitteilung des EGMR zum Urteil vom 15. Januar 2015](#)  

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR): Recht der Großeltern auf Umgang mit Enkelkind bekräftigt

Laut eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat Italien den Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) verletzt. Hintergrund war der Fall eines italienischen Ehepaars. Dieses hatte in Italien auf Umgang mit der

Enkeltochter geklagt, die bei der vom Sohn der Kläger/innen geschiedenen Schwiegertochter lebt. Der Vater des Kindes hatte aufgrund von Vorwürfen sexuellen Missbrauch ein Kontaktverbot. Nach einem drei Jahre andauernden Verfahren sprach das zuständige italienische Gericht zwar das Recht auf von Sozialarbeiter/innen begleitete Treffen zwischen den Großeltern und dem Kind aus – diese kamen jedoch nie zustande. Ein weiteres Jahr später setzten die Behörden das Umgangsrecht auf Grundlage eines psychologischen Gutachtens aus. Laut Gutachten erinnerten die Großeltern das Kind zu sehr an das durch den Vater zugefügte Leid. Der EGMR urteilte am 20. Januar 2015, die familiäre Bindung mit den Großeltern und deren Kontaktrecht seien nicht genügend geschützt worden. Sowohl die Länge des ersten Verfahrens, als auch die fehlende Realisierung des Umgangsrechtes durch die Behörden seien eine Verletzung des Rechts auf Achtung des Familienlebens.

➤ [Pressemitteilung des EGMR zum Urteil vom 20. Januar 2015](#)  

Weitere Nachrichten

Neue Regeln zum grenzüberschreitenden Opferschutz in der EU

Einen besseren Schutz für Opfer von Gewalt – insbesondere für Opfer von häuslicher Gewalt oder von Stalking – versprechen Bestimmungen der EU, die am 11. Januar 2015 in Kraft getreten sind. Die neuen Bestimmungen sollen gewährleisten, dass in einem Mitgliedstaat erlassene Kontaktsperrungen, Schutz- und Verbotsanordnungen durch eine einfache Bescheinigung schnell und unkompliziert in der gesamten EU anerkannt werden. EU-Bürger/innen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, sollen damit auch bei Reisen außerhalb ihres Heimatlandes besser geschützt sein. Der neue Mechanismus besteht aus der Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen und der Richtlinie über die Europäische Schutzanordnung.

➤ [Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

EU-Kommission hebt Rezeptpflicht für „Pille danach“ auf

Die Europäische Kommission ist am 7. Januar 2015 der Empfehlung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) gefolgt und hat die Rezeptpflicht für die sogenannte „Pille danach“, das Medikament „ellaOne“ mit dem Wirkstoff Ulipristalacetat aufgehoben. Zwar gilt die Entscheidung für alle EU-Staaten, die Richtlinie zur Schaffung eines Gemeinschaftskodexes für Humanarzneimittel lässt den Mitgliedstaaten jedoch Spielraum für abweichende nationale Regeln zum Verkauf oder Gebrauch empfängnisverhütender oder schwangerschaftsunterbrechender Arzneimittel.

Nichtregierungsorganisationen starten Kampagne „Action/2015“ zur Bekämpfung extremer Armut

Mehr als tausend Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Entwicklung haben am 15. Januar 2015 eine Kampagne zur Bekämpfung extremer Armut gestartet. Unter dem Namen Action/2015 wollen die Unterstützer/innen die Politik aufrufen und anmahnen, sich 2015 verstärkt gegen Armut zu engagieren und wirkungsvolle Maßnahmen gegen die wachsende Ungleichheit zu schaffen. Im Rahmen der Kampagne haben mehr als 30 Prominente einen offenen Brief an Politiker/innen veröffentlicht – darunter Bill Gates, Mia Farrow und Bono. Die Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai hatte das Bündnis bei ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises bereits angekündigt.

➤ [Website der Kampagne Action/2015](#) 

Nichtregierungsorganisationen fordern Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien

Im Vorfeld einer Diskussionsrunde mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, haben Europäische Nichtregierungsorganisationen eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Darin fordern sie den Vizepräsidenten und die Kommission auf, sich stärker für die Gleichstellung und den Schutz der Grundrechte einzusetzen. Die Kommission müsse die Mitgliedstaaten dazu anhalten, die EU-Gleichbehandlungsrichtlinien in der nationalen Politik umzusetzen. Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören unter anderem die Social Platform, die AGE Platform Europe, das Europäisches Behindertenforum, das Europäische Netzwerk gegen Rassismus, das Europäische Jugendforum, ILGA-Europa und die Europäische Frauenlobby.

Aktionärinnen fordern europaweit Gleichberechtigung

Der Deutsche Juristinnenbund (djb) hat am 27. Januar 2015 die europaweite Aktion „European Women Shareholders Demand Gender Equality“ gestartet, um die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen voranzubringen. Im Rahmen des von der EU-Kommission geförderten Projekts besuchen Juristinnen und Fachfrauen in elf EU-Mitgliedstaaten mehr als 100 Hauptversammlungen großer börsennotierter Aktiengesellschaften und stellen dort kritische Fragen. Mit der Aktion setzen sich die Juristinnen auch für die Umsetzung der derzeit verhandelten europäischen Richtlinie zur „Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern unter den Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen“ ein.

- [Website der Aktion des djb](#) 
- [Der EU-Richtlinienvorschlag zur ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern](#)  

Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) senkt Grenzwert für Bisphenol A

Die europäische Lebensmittelbehörde EFSA hat im Januar 2015 den sogenannten sicheren Grenzwert für die in zahlreichen Verpackungen vorkommende, sehr umstrittene Chemikalie Bisphenol A (BPA) gesenkt. Der Grenzwert beträgt nun nur noch vier, nicht mehr 50 Mikrogramm je Kilogramm Körpergewicht und Tag. Bisphenol A steckt in zahlreichen Lebensmittelverpackungen, aber auch in Plastikgeschirr und Kochutensilien. In Babyfläschchen ist der Stoff seit Januar 2011 EU-weit nicht mehr erlaubt. Frankreich hat die Chemikalie zum 1. Januar 2015 in Lebensmittelverpackungen grundsätzlich verboten.

Tschechien: Unterhaltsvorschuss geplant

Das tschechische Arbeits- und Sozialministerium plant einen Unterhaltsvorschuss, um Kinder vor den größten negativen Effekten ausbleibender Zahlungen zu schützen. Nach Schätzungen zahlen rund 13.000 Elternteile – überwiegend Väter – in Tschechien keinen Unterhalt für ihre Kinder. Zu einem leichten Rückgang hat eine Sanktionsmaßnahme beigetragen, die 2013 eingeführt wurde: Wer sich weigert, Unterhalt zu zahlen, muss mit dem Entzug des Führerschein rechnen.

Estland: Staat soll bei säumige Unterhaltszahlungen einspringen

Auch Estland plant einen Unterhaltsvorschuss. Das estnische Parlament hat die Regierung am 27. Januar 2015 damit beauftragt, einen Gesetzesvorschlag auszuarbeiten.

Liechtenstein: Straffreiheit für Schwangerschaftsabbruch geplant

Der liechtensteinische Landtag hat im Dezember 2014 für eine Änderung des Strafrechts für Schwangerschaftsabbrüche gestimmt. Liechtensteinerinnen, die abtreiben lassen, sollen nicht mehr mit bis zu einem Jahr Haft rechnen müssen, sondern straffrei bleiben, sofern der Abbruch bei einem/einer Arzt/Ärztin durchgeführt wird. Mediziner/innen und andere Beteiligte müssen jedoch weiterhin mit einer Strafverfolgung rechnen. Verabschiedet wird die Revision des Strafgesetzbuchs im Frühjahr 2015.

Luxemburg: Reine Fristenlösung für Schwangerschaftsabbruch beschlossen

Das luxemburgische Parlament hat im Dezember 2014 dafür gestimmt, das Abtreibungsrecht zu liberalisieren. Eine Schwangerschaft darf nun bis zur 12. Woche straffrei abgebrochen werden. Bisher war ein Abbruch nur im Falle höchster Verzweiflung legal. Zudem wird die bislang obligatorische zweite Beratung der Frau durch eine freiwillige Beratung vor oder nach dem Schwangerschaftsabbruch ersetzt – weiterhin zwingend bleibt die zweite Beratung jedoch für minderjährige Frauen.

Mazedonien: Verfassungsänderung soll Öffnung der Ehe verhindern

Mit einer Mehrheit von 72 zu 4 Stimmen hat das mazedonische Parlament in erster Lesung für einen Antrag der Regierungskoalition gestimmt, der die Ehe in der Verfassung als „lebenslange Verbindung ausschließlich zwischen Mann und Frau“ definiert und damit eine Öffnung der Ehe für Homosexuelle ausschließt. Eine Zustimmung in der finalen Lesung gilt als sicher. Im Jahr 2013 war ein entsprechender Antrag im Parlament gescheitert, da die Opposition eine EU-konforme Gesetzgebung verlangte. Mazedonien ist seit Dezember 2005 offizieller EU-Beitrittskandidat.

Österreich: Adoptionsverbot für gleichgeschlechtliche Partner/innen verfassungswidrig

In einem am 14. Januar 2015 veröffentlichten Urteil hat der österreichische Verfassungsgerichtshof (VfGH) entschieden, dass das Verbot der gemeinsamen Adoption eines Kindes durch Lebenspartner/innen gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) verstößt. Ein getragene Partner/innen aufgrund der sexuellen Orientierung grundsätzlich von der Adoption eines gemeinsamen Kindes auszuschließen, ist laut VfGH sachlich nicht begründbar. Außerdem werde dadurch eine Ungleichbehandlung zwischen Partner/innen (gleich- oder verschiedengeschlechtlichen) bei der gemeinsamen Adoption und bei der Stiefkindadoption geschaffen. Der Gerichtshof stellt zudem fest, das Verbot könne auch nicht mit dem Schutz der Ehe gerechtfertigt werden, da die gemeinschaftliche Annahme eines Kindes durch Lebenspartner/innen die Ehe nicht gefährde.

➤ [Das Urteil des Österreichischen Verfassungsgerichtshofs \(VfGH\)](#) 

Berichte und Studien

Quartalsbericht: Beschäftigung in der EU nimmt langsam zu

In fast allen EU-Mitgliedstaaten steigt die Beschäftigungsquote allmählich an – auch in Ländern mit sehr hoher Arbeitslosigkeit. Das geht aus dem am 8. Januar 2015 von der EU-Kommission veröffentlichten Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage in der EU hervor. Laut Bericht verzeichnen alle Bereiche und Beschäftigungsformen einen zwar geringen aber beständigen Zuwachs, vor

allem im (Sozial-)Dienstleistungssektor. Von einer Rückkehr zu den Arbeitslosenzahlen vor der Krise ist Europa dennoch weit entfernt.

- [Quartalsbericht über die Beschäftigungssituation und die soziale Lage](#) 

EU-Jahresbericht: Entwicklungen in Beschäftigung und Gesellschaft

Am 15. Januar 2015 hat die EU-Kommission ihren Jahresbericht 2014 zu Beschäftigung und sozialen Entwicklungen vorgelegt. Auf rund 250 Seiten wirft der Bericht einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2014 und auf ihre sozialen Implikationen. Die Verfasser/innen sehen sich darin bestätigt, dass EU Staaten, in denen hochwertige Arbeitsplätze und ein wirksamer Sozialschutz bestehen und in denen in lebenslanges Lernen investiert wird, der Wirtschaftskrise besser begegnen konnten.

- [Informationen zum Jahresbericht mit Link zum Herunterladen](#)

Oxfam-Bericht: Globale Ungleichheit so groß wie nie zuvor

Die globale Ungleichheit wächst stetig. Ab dem kommenden Jahr wird ein Prozent der Menschheit mehr Vermögen besitzen, als die übrigen 99 Prozent – so aktuelle Prognosen von Oxfam, die die britische Hilfsorganisation am 20. Januar 2015 in einem Bericht veröffentlicht hat. Die wachsende soziale Ungleichheit untergrabe demokratische Prozesse, sowohl in Industrie- als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern, so die Expert/innen im Bericht. Oxfam fordert daher die Regierungen dringend auf, zu handeln, um diesen Trend umzukehren. Sie warnen davor, dass wohlhabende Eliten weltweit Politik und Wirtschaft zu ihren Gunsten beeinflussen.

- [Oxfam-Bericht "Working for the Few – Political capture and economic inequality"](#)  

ILO-Studie: Frauen in Top-Positionen von Unternehmen

Eine aktuelle Studie der International Labour Organization (ILO) zeigt: Auch wenn Frauen im Top-Management immer noch unterrepräsentiert sind, hat sich die Anzahl der Frauen in mittleren und gehobenen Managementpositionen in den letzten 20 Jahren erhöht. Laut der Studie bildet der steigende Anteil von Frauen im Arbeitsmarkt den stärksten Antrieb für weltweites Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Zudem sei ein positiver Zusammenhang von Frauenbeteiligung in Top-Entscheidungsteams und dem Geschäftserfolg auszumachen.

- [Die Studie „Women in Business and Management: Gaining Momentum“](#)  

Families and Societies: Neue Berichte erschienen

Das europäische Netzwerk Families and Societies hat am 26. Januar 2015 drei neue Berichte herausgegeben, die sich mit zentralen Aspekten des Familienlebens befassen: Eine Studie beschäftigt sich mit der steigenden Zahl der Familienernährerinnen und kommt zu dem Schluss, dass in immer mehr Ländern eine wachsende Zahl von Frauen zu verzeichnen ist, die über eine höhere Bildung und ein höheres Einkommen verfügen als ihre männlichen Partner.

In einer zweiten Studie setzen sich Expert/innen mit dem zunehmend sichtbaren Familienmodell der nicht zusammen wohnenden Beziehungen auseinander und stellen Fragen nach den Bedingungen und der Häufigkeit des Modells, das statistisch nicht erfasst ist.

Empfinden Kinder im Wechselmodell mehr Stress als Kinder, die vor allem oder ganz bei nur einem Elternteil leben? Wie sich die paritätisch geteilte Betreuung auf die Kinder auswirkt, haben Forscher/innen in Schweden untersucht und in einem Bericht zusammengefasst.

- [The Reversal of the Gender Gap in Education and Female Breadwinners in Europe](#)  
- [Analysis of determinants and prevalence of LAT](#)  
- [Shared Physical Custody and Children's Experience of Stress](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- SOLIDAR: „[Rights-based approach to EU migration policies: the role of the Trade Union Network on Mediterranean and Sub-Saharan Migrants](#)“ (10. Februar 2015, Brüssel)
- Christian Political Foundation for Europe (CPFE): „[Towards a European Family Strategy](#)“ (24. Februar 2015, Brüssel)
- Public Policy Exchange: „[Eliminating Domestic Violence in Europe – Implementing Strategies for Protection and Prevention](#)“ (25. Februar 2015, Brüssel)
- european trade union institute (etui): „[Women's health and work. Sharing knowledge and experiences to enhance women's working conditions and gender equality](#)“ (04./05. März 2015, Brüssel)
- COFACE: „[Conference: Financial Inclusion and overindebtedness. The role of family organizations](#)“ (04./05. Mai 2015, Madrid)
- European Union of Supported Employment (EUSE): „[12th European Conference](#)“ (27. bis 29. Mai 2015, Lissabon)
- International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR): „[Jahreskonferenz „Changing Times: Impacts of Time on Family Life“](#)“ (22. bis 24. Juni 2015, Berlin)
- Internationaler Rat für die Paritätische Doppelresidenz (ICSP): „[Internationale Konferenz zur Paritätischen Doppelresidenz 2015 – Bewährte Lösungen für die rechtliche und psycho-soziale Umsetzung der Paritätischen Doppelresidenz \(Wechselmodell\)](#)“ (08. bis 10. Juli 2015, Bonn)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).